



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 023/2024

29.02.2024

Landesregierung startet ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie / Erste Analyse zum Stand der Gleichstellung in Baden-Württemberg liegt vor

Staatssekretärin Dr. Ute Leidig: „Eine starke Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit. Die nun vorliegende Analyse macht deutlich: Gleichstellung ist kein isoliertes Anliegen, das von einem einzelnen Ressort oder einer einzelnen Institution bewältigt werden kann“

Die Landesregierung will mit einer ressortübergreifenden Strategie die Gleichstellungspolitik strukturell, umfassend und nachhaltig vorantreiben. Am heutigen Donnerstag (29. Februar) wurden dazu in einem ersten Schritt die Ergebnisse einer Analyse zum aktuellen Stand der Gleichstellung im Land präsentiert. Mit rund 160 Teilnehmenden aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft stießen die Analysen des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) auf hohes Interesse. Die Daten und Erkenntnisse der Analyse dienen als Grundlage, um in den kommenden Jahren gleichstellungspolitische Maßnahmen in allen Bereichen der Landespolitik zu entwickeln und umzusetzen.

„Eine starke Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit. Die nun vorliegende Analyse macht deutlich: Gleichstellung ist kein isoliertes Anliegen, das von einem einzelnen Ressort oder einer einzelnen Institution bewältigt werden kann. Deshalb werden wir alle Maßnahmen in einer ressortübergreifenden Strategie bündeln“, sagte Staatssekretärin Dr. Ute Leidig am Donnerstag anlässlich der Präsentation der Studienergebnisse in Stuttgart. Es sei zentrale Aufgabe des Staates, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und aller gesellschaftlicher Kräfte, für die

Else-Josenhans-Str. 6 · 70173 Stuttgart · Telefon 0711 123-3550 · presse@sm.bwl.de

www.sozialministerium-bw.de · www.baden-wuerttemberg.de

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten unter www.sozialministerium-bw.de/datenschutz

Auf Wunsch werden Ihnen diese auch in Papierform zugesandt.



gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen einzustehen.

Konzentriert auf sechs Themenfelder wurden in der Analyse statistische Daten und Erkenntnisse aus der Befragung aller Landesministerien sowie aus Expertinnen-Interviews zusammengetragen und eingeordnet. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die nun folgende strategische Entwicklung zur Gleichstellung in Baden-Württemberg.

Ergebnisse aus der Studie

- Das Bildungsniveau der baden-württembergischen Bevölkerung liegt über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Unter den 30- bis 34-Jährigen in Baden-Württemberg waren im Jahr 2021 41,5 Prozent hochqualifiziert (Deutschland: 37,8 Prozent). Im Jahr 2021 verfügten mit 33,7 Prozent genauso viele Frauen wie Männer in der Altersgruppe von 20 bis 45 Jahren über einen hohen Bildungsabschluss. Allerdings wirken sich nach wie vor Geschlechterstereotype, die Mädchen und Jungen unterschiedliche Fähigkeiten, Talente und Interessen zuschreiben, auf das Berufswahlverhalten aus.
- Der Gender Pay Gap wiederum ist aktuell mit 23 Prozent in Baden-Württemberg größer als in allen anderen Bundesländern und größer als in Gesamtdeutschland (18 Prozent). Er lag auch im Verlauf der vergangenen Jahre durchgehend über dem Bundesdurchschnitt, was unter anderem am unterschiedlichen Erwerbsumfang von Frauen und Männern liegt: Erwerbsarbeit in Teilzeit ist nach wie vor „weiblich“, Männer in Baden-Württemberg arbeiten dagegen im Bundesvergleich am seltensten in Teilzeit – nur 9,2 Prozent haben ihre Arbeitszeit reduziert.
- Für den Bereich der politischen Teilhabe zeigt die Analyse auf, dass der Frauenanteil im Landtag in Baden-Württemberg von derzeit etwa einem Drittel noch weit entfernt ist von gleichen Anteilen. Für die Zukunft sehen die befragten Expertinnen hier mit der aktuellen Landtagswahlrechtsreform jedoch die richtigen Weichen gestellt. Auf der kommunalpolitischen Ebene sind in Baden-Württemberg noch weniger Frauen vertreten. Oberbürgermeisterinnen gibt es (Stand März 2023) in nur sechs baden-württembergischen Städten (von insgesamt 103) und

insgesamt kandidieren Frauen deutlich seltener als Männer für politische Ämter.

„Die zahlreichen Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern die traditionelle Rollenverteilung von Mann und Frau nach wie vor sehr stark wirkt, weshalb es Gleichstellungspolitik und Bemühungen für mehr gleiche Teilhabe in unserem Bundesland besonders schwer haben“, so Dr. Leidig weiter.

Mit der Veröffentlichung der Analyse leitet die Landesregierung nun den Beteiligungsprozess zur Entwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie ein. Mit verschiedenen Formaten werden die Fachexpertise und die Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure im Land in den Entwicklungsprozess einfließen. „Wir wollen neue, attraktive Ideen und Maßnahmen entwickeln, um dem Ziel einer fairen und chancengleichen Gesellschaft in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen näher zu kommen“, unterstrich Staatssekretärin Dr. Ute Leidig.

Die gesamte Analyse steht zum Download auf der [Website des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration](#) zur Verfügung. In Kürze können dort auch gedruckte Exemplare angefordert werden.